

„Windkraft an Land ist praktisch tot“

Die Energiebranche kommt bisher robust durch die Krise. RWE-Chef Rolf Schmitz will trotzdem Staatshilfen – damit der Strom billiger wird.

Herr Schmitz, die EU-Kommission plant ein Corona-Paket von 750 Milliarden Euro. Wie beurteilen Sie diese schwindelerregenden Dimensionen?

Ich halte die Größenordnungen in dieser Ausnahmesituation für gerechtfertigt. Die EU muss jetzt politisch und wirtschaftlich zusammenstehen. Ohne diesen Zusammenhalt in Europa wäre unser Wohlstand noch in weitaus größerem Maße gefährdet. Wir müssen alles daran setzen, damit wir nicht in eine Depression rutschen, die Europa ins Chaos stürzen würde. Die Rettungsschirme wirken zudem Ausstiegsgedanken in Europa entgegen, und das ist gut und richtig.

Die Energiebranche ist bisher vergleichsweise stabil durch die Krise gekommen. Sie können der Entwicklung doch gelassen entgegensehen, oder?

Der Stromverbrauch ist schon deutlich zurückgegangen. Aber das hat für RWE keine großen Auswirkungen. Wir verkaufen unseren Strom auf drei Jahre im Voraus. Insofern geht es uns tatsächlich gut. Größere Ergebnisauswirkungen wären erst 2023 zu erwarten, und ich glaube nicht, dass die Krise so lange dauern wird. Natürlich haben wir auch große Industriekunden, bei denen es theoretisch Zahlungsausfälle geben könnte. Aber insgesamt sind die

Risiken in den kommenden Jahren sehr überschaubar.

Was spiegeln Ihnen denn die Industriekunden zurück?

Insgesamt ist die deutsche Industrie bisher besser durch die Krise gekommen als in den Nachbarländern. Viele Unternehmen haben durchgearbeitet oder sogar zugelegt. Ob das die Bauwirtschaft ist oder die Chemie. Insgesamt ist es zwar schwieriger geworden, auch für viele Unternehmen im Mittelstand, aber es ist nicht so, dass wir in Deutschland in die Katastrophe laufen. Man sollte auch nicht nur auf die großen Konzerne wie die Autohersteller blicken, die derzeit die Kundenzurückhaltung spüren.

Die Großhandelspreise stehen unter Druck, aber für die Stromverbraucher wird es trotzdem teurer, weil die Umlage für die erneuerbaren Energien in die Höhe schießt. Ein Systemfehler?

Strom ist die Energie der Zukunft. Deshalb brauchen wir eine Entlastung bei den Preisen. Mehr als die Hälfte davon sind Steuern und Umlagen. Die Stromsteuer könnte man auf das EU-Minimum senken oder bei den Umlagen ansetzen. Wenn jetzt eine EEG-Umlage von über 8Cent vorausgesagt wird, dann ist das mehr als doppelt so viel, wie wir für unseren Strom im Großhandel bekommen. Viel zu viel für eine Gesellschaft, die auf Elektrifizierung setzt.

Die Ökostrom-Produktion ist von der Krise kaum beeinträchtigt, während andere Branchen in der Bredouille stecken. Neue Subventionen sind da doch kaum vermittelbar.

Eine klimaverträgliche Energieform zu unterstützen und zugleich Innovationen und die Modernisierung der Wirtschaft voranzubringen, halte ich für absolut legitim und richtig. Man muss auch sehen, dass mit der EEG-Umlage im Wesentlichen alte Anlagen finanziert werden. Mit neuen Windkraft- und Solaranlagen lässt sich Strom sehr günstig erzeugen, teils günstiger als mit fossilen

Energien. Und die Überlegung, den Strom stärker von Umlagen zu entlasten, war schon lange vor Corona auf der Tagesordnung. Wir sollten die Dinge jetzt nicht zurückdrehen, sondern den Umbau der Energiewirtschaft und die Elektrifizierung weiter vorantreiben.

Sie haben ein Milliardenpaket für den Braunkohleausstieg ausgehandelt. Jetzt sehen wir stark sinkende Gaspreise, auch höhere CO₂-Kosten verdrängen Kohle. Warum müssen die Steuerzahler so viel Geld hinlegen für einen Kohleausstieg, der ohnehin gekommen wäre?

Braunkohle wird nicht verdrängt, sie bleibt auf viele Jahre ein wirtschaftlicher Brennstoff. Deshalb ist das vereinbarte Paket absolut ausgewogen. Man muss die Summen auch mal in Relation setzen: 2,6 Milliarden Euro für den kompletten Kohleausstieg über die nächsten 20 Jahre, das sind weniger als 10 Prozent EEG-Förderung in einem einzigen Jahr. Die verabredeten Zahlungen decken im Übrigen bei weitem nicht unseren Schaden. Wir haben erhebliche Mehrkosten zum Beispiel für die Rekultivierung und Abschreibungen im Kraftwerkspark, Personalrückstellungen und Umbauten an den Standorten. Das summiert sich auf mehr als 3,5 Milliarden Euro Schaden – ohne die entgangenen Gewinne.

Auf jeden Fall haben Sie für die Braunkohle besser verhandelt als die Steinkohlebetreiber, die von 2027 an ohne Entschädigungen abschalten sollen.

Davon sind wir selbst betroffen, weil RWE auch jüngere Steinkohlekraftwerke betreibt. Wir unterstützen klar die Forderung unseres Branchenverbandes, dass die Entschädigungen länger gezahlt werden müssen und auch der Umstellbonus auf Gas erhöht werden sollte. Ganz nach vorne stellen möchte ich aber die Mitarbeiter. Sie dürfen nicht unter dem politisch entschiedenen Kohleausstieg leiden.

Wann beginnt der Stellenabbau in der Braunkohle?

Mit der Stilllegung des ersten Blockes Ende dieses Jahres. Und dann geht es in Etappen weiter, insgesamt müssen wir bis 2030 rund 6000 Stellen streichen. Bei 20000 Arbeitsplätzen inklusive der erneuerbaren Energien ist das eine gewaltige Größenordnung.

Im Tagebau Garzweiler wird immer noch um den Erhalt einiger Ortschaften gekämpft. Wie sind die Aussichten?

Garzweiler wird gebraucht, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Das haben auch der Bund und die Länder in ihrer Einigung festgestellt. Der Tagebau in Inden soll dafür schon 2029 auslaufen, einige Jahre früher als geplant. Und in Hambach bleibt mehr als die Hälfte der insgesamt förderbaren Menge Kohle in der Erde, weil der Forst stehen bleiben soll. Irgendwo müssen wir die Kohle für die Kraftwerke ja hernehmen, die noch bis 2038 zur Stromerzeugung gebraucht werden.

Also keine Chance mehr für die Dörfer?

In den Randbezirken des Tagebaus kann es möglich sein, größere Abstände zu den benachbarten Ortschaften zu halten. Aber die Dörfer im Abbaufeld werden umgesiedelt. Das ist im Kohlekompromiss so angelegt. Den Anwohnern ist das seit vielen Jahren bekannt, und die allermeisten haben sich längst mit uns geeinigt. Wir haben schon 80 Prozent der Grundstücke erworben. Viele neue Häuser sind schon fertig oder im Bau.

Die Forscher vom DIW rechnen vor, dass aus Hambach so viel Kohle gebaggert werden könnte, dass einige Dörfer zu retten wären.

Diese Berechnungen sind falsch. Das DIW hat überholte Zahlen noch mal aufgewärmt, die sind weder aktuell noch richtig. Und außerdem ziehen sie nun zur Erreichung der Klimaziele eine

angebliche Höchstmenge von Braunkohle heran, die höchstens noch verbrannt werden dürfe. Das ist Unsinn. Die Steuerung läuft über den europäischen Emissionshandel. Es werden keine Ziele auf einzelne Kraftwerke heruntergebrochen.

Wie ideologisch ist die Debatte um die Braunkohle?

Es geht nicht immer logisch und rational zu. Sonst brauchte niemand mehr im Hambacher Forst zu campieren. Er bleibt erhalten. Da gibt es eindeutige Zusagen. Trotzdem stehen da die Baumhäuser.

Lassen Sie die Aktivisten weitermachen?

Wir sind dort nicht zuständig. Allerdings haben wir es dort mit Antidemokraten zu tun. Es gibt jeden Tag Angriffe auf Mitarbeiter, jeden Tag Sachbeschädigungen. Mal werden unsere Leute mit Zwillen beschossen, mit Molotowcocktails beworfen, oder es wird mit Wurfankern versucht, die Kohlebahn zu sabotieren. Wir hoffen, dass durch den Kohlekompromiss auch nach außen in der Öffentlichkeit klar wird, dass hier nicht Menschen sitzen, denen es um den Hambacher Forst oder den Klimaschutz oder andere ehrbare Ziele geht. Und dann wird man hoffentlich Handlungsmöglichkeiten ergreifen.

Sie meinen eine Räumung des Waldes?

Darüber müssen andere befinden. Für mich hat jetzt Vorrang, dass wir den Kohlekompromiss, so wie er vereinbart worden ist, jetzt auch zügig abschließen. Eine bessere Lösung für den Klimaschutz, die Versorgungssicherheit und die Beschäftigten wird es nicht geben.

Kommen wir zum Innogy-Deal mit Eon. Hat sich der Markt jetzt ausreichend durchgerüttelt?

Es ist eine Menge los im Markt. Auf europäischer Ebene kann sich sicherlich noch was tun. Das haben wir genau im Blick. Ich vermute, dass der Trend zu einer noch stärkeren Spezialisierung geht, so wie es jetzt Eon und RWE vorgemacht haben. Denn die Größe, die man braucht, um wirklich international agieren und in Zukunftstechnologie investieren zu können, steigt immer weiter an.

Bei den Erneuerbaren investieren Sie überwiegend im Ausland. Warum lassen Sie den Heimatmarkt links liegen?

Das ist der falsche Eindruck. Wir werden in Deutschland in den kommenden drei Jahren eine Milliarde Euro in den Ausbau der Erneuerbaren investieren, obwohl die Rahmenbedingungen in Deutschland sehr schwierig sind. Bei Windkraft an Land habe ich in Deutschland nicht mehr viel Hoffnung. Die Akzeptanz ist nicht da. Alle sind für Wind und sauberen Strom, aber die Anlagen sollen irgendwo stehen, wo sie keiner sieht, und schon gar nicht in der Nähe des eigenen Hauses. Da steht Eigeninteresse häufig vor Allgemeinwohl. Onshore ist dadurch in Deutschland praktisch tot. Deshalb nutzen wir als internationales Unternehmen unsere Chancen überall dort, wo die Bedingungen passen.

Und wie sieht es bei Offshore aus?

Offshore ist für Deutschland eine große Chance. Nur fürchte ich, dass auch hier keine guten Investitionsbedingungen geschaffen werden. Die neuen Ausschreibungsregeln aus dem geplanten Wind-auf-See-Gesetz zielen ja möglichst auf Gebote zum Nullpreis ab. Und wenn es davon mehrere gibt, soll man zusätzliches Geld dafür bieten, dass man bauen darf. Das wird nicht funktionieren. Wer in so einem Modell einen Windpark in den Markt hineinbauen will, muss auf steigende Strompreise wetten. Gleichzeitig will die Politik aber, dass die Strompreise sinken. Und je mehr Erneuerbare kommen, desto weniger Stunden hat man mit hohen Strompreisen. Das ist ein sich selbst kannibalisierendes System. Selbst wenn es einige spekulative Nullgebote geben wird, ist zweifelhaft, ob die Windparks dann je gebaut werden. Viele Investoren

werden auch ins Ausland gehen, wo die Bedingungen besser sind. Deutschland läuft Gefahr, viele Jahre beim Ausbau zu verlieren. Diese Zeit haben wir nicht.

Was schlagen Sie vor?

Eine Regelung wie in Großbritannien. Da gibt es Mindestpreise, die für die Betreiber das Risiko nach unten begrenzen. Auf der anderen Seite gibt es eine Erlösobergrenze, die das Kostenrisiko für die Volkswirtschaft begrenzt. Liegen die Gewinne darüber, muss man sie abgeben. Damit gibt es für alle Beteiligten einen verlässlichen Rahmen. Es funktioniert. Deutschland sollte davon lernen.

Sind die Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren noch realistisch?

Ja, wenn die Rahmenbedingungen besser werden. Wenn wir Klimaschutz wollen, wenn die Wirtschaft bis 2050 CO₂-frei werden soll, muss klar sein, dass jeder Bürger seinen Anteil beitragen muss. Es braucht den Konsens, dass man Partikularinteressen nicht ständig vor Gemeinwohl stellen kann. Das gilt für konventionelle Energieträger genauso wie für Erneuerbare. Es braucht einen Wandel im Bewusstsein für mehr Allgemeinwohl-Denken.

Sie übergeben den Vorstandsvorsitz im nächsten Jahr an Finanzvorstand Markus Krebber. Was wird dann aus Ihrem Aufsichtsratsmandat bei Eon?

Das habe ich nicht zu entscheiden. Und darüber denke ich heute auch noch nicht nach. Mein Vertrag läuft Mitte nächsten Jahres aus. Bis dahin habe ich noch einiges vor bei RWE. Aber ich freue mich auch auf die Zeit danach. Irgendwann mal aufzustehen ohne einen durchgetakteten Plan für den Tag ist auch was Schönes.

Das Gespräch führten Sven Astheimer

und Helmut Bänder.